

**24. Beilage im Jahre 2020 zu den
Sitzungsberichten des XXXI. Vorarlberger Landtages**

Selbständiger Antrag

Beilage 24/2020

An das
Präsidium des
Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

4. März 2020

Lehrpläne modernisieren – Politische Bildung und Medienkunde als Pflichtfach einführen; Vermittlung der Grundlagen unseres Staates intensivieren

Sehr geehrter Herr Präsident!

Als 2007 in Österreich das aktive Wahlalter von 18 auf 16 Jahre gesenkt wurde, war damit auch die konkrete Überlegung bzw. Hoffnung verbunden, dem Thema Politische Bildung an den Schulen mehr Raum zu geben. An der Tatsache, dass „Politische Bildung“ im österreichischen Schulwesen im Pflichtgegenstand Geschichte und Sozialkunde sowie im Wahlpflichtfach „Politische Bildung“ und im BMHS-Bereich in Form des Pflichtgegenstandes Recht und Politische Bildung unterrichtet und praktiziert wird, hat sich seither aber nichts geändert.

Wir begrüßen es deshalb sehr, dass im Arbeitsprogramm der neuen Bundesregierung eine Modernisierung der Lehrpläne vorgesehen ist. Konkret heißt es, dass in der Primar- und Sekundarstufe neue, kompakte und konkret gehaltene Lehrpläne ausgearbeitet und flächendeckend eingeführt werden sollen. Unter anderem soll auch der Grundsatzterlass zum Unterrichtsprinzip „Politische Bildung“ evaluiert und Politische Bildung sowie die Vermittlung der Grundlagen unseres Staates verstärkt im Fach Geschichte/Sozialkunde/Politische Bildung verankert werden. Damit fehlt nun nicht mehr viel, bis ein altes Vorarlberger Anliegen verwirklicht werden kann.

Der Vorarlberger Landtag hat sich in der jüngeren Vergangenheit – auch auf Initiative des Vorarlberger Schülerinnen- und Schülerparlaments – nämlich sowohl am 12. Dezember 2013 (Beilage 111/2013) als auch am 9. März 2016 (Beilage 14/2016) einstimmig dafür ausgesprochen, den Unterrichtsgegenstand „Politische Bildung“ ab der 7. Schulstufe als Pflichtfach im Lehrplan zu verankern.

Nachdem diese Forderung für das Vorarlberger Schülerinnen- und Schülerparlament auch 2019/20 absolute Priorität hat und dies im Kultur- und Bildungsausschuss auch entsprechend artikuliert wurde, ist es angesichts der neuen – und in dieser Form erstmaligen – Zusammensetzung der Bundesregierung sinnvoll und gerechtfertigt, erneut ein klares Zeichen für „Politische Bildung“ als Pflichtfach zu setzen und dieses – im Sinne des Schülerinnen- und Schülerparlaments – um den Bereich „Medienkunde“ zu erweitern.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichnenden Abgeordneten gemäß §12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags folgenden

ANTRAG:

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass im Rahmen der Modernisierung der Lehrpläne

1. der Unterrichtsgegenstand „Politische Bildung und Medienkunde“ ab der 5. Schulstufe als Pflichtfach im Lehrplan verankert wird sowie
2. in den dafür geeigneten Fächern verstärkt der Vermittlung der Grundlagen der Europäischen Union sowie der Republik Österreich, insbesondere der verfassungsrechtlich vorgesehenen bundesstaatlichen Grundordnung und der Bedeutung der Länder und Gemeinden, Augenmerk geschenkt wird und
3. bestmöglich sichergestellt wird, dass in einem Pflichtfach „Politische Bildung“ die politische Neutralität – zum Beispiel durch den Einsatz verschiedener Lehrpersonen („Drehtürmodell“) – gewährleistet ist.“

LAbg. Veronika Marte

LAbg. Eva Hammerer

LAbg. Christof Bitschi

LAbg. Manuela Auer

LAbg. Sabine Scheffknecht

Der XXXI. Vorarlberger Landtag hat in seiner 4. Sitzung im Jahr 2020, am 13. Mai, den Selbständigen Antrag, Beilage 24/2020, einstimmig angenommen.